

ANLAGE

zur Urkundenrolle \_\_\_\_/2019

des beurkundenden Notars Dr. Notar Wunderbar

## **S A T Z U N G**

der

Muster Grundbesitz GmbH

mit Sitz in

Musterstadt

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S  
=====

- § 1     Firma und Sitz
- § 2     Gegenstand des Unternehmens
- § 3     Geschäftsjahr, Beginn
- § 4     Stammkapital
- § 5     Dauer der Gesellschaft
- § 6     Vertretung und Geschäftsführung
- § 7     Jahresabschluss
- § 8     Steuerklausel
- § 9     Gesellschafterversammlung
- § 10    Gewinnverwendung
- § 11    Abtretung und Teilung von Geschäftsanteilen
- § 12    Einziehung von Geschäftsanteilen
- § 13    Kündigung des Gesellschaftsverhältnisses
- § 14    Entgelt
- § 15    Wettbewerb
- § 16    Erbfolge
- § 17    Güterstand
- § 18    Mediation
- § 19    Bekanntmachungen der Gesellschaft
- § 20    Schlussbestimmungen

## **§ 1**

### **Firma und Sitz**

- (1) Die Firma der Gesellschaft lautet:

#### **Muster Grundbesitz GmbH**

- (2) Sitz der Gesellschaft ist Musterstadt.

## **§ 2**

### **Gegenstand des Unternehmens**

- (1) Gegenstand des Unternehmens ist die eigene Vermögensverwaltung, insbesondere der Erwerb von Grundbesitz, die Vermietung, Verpachtung und Verwaltung von Gewerbe- und Wohnbauten sowie sonstiger Gewerbeanlagen auf eigene Rechnung.

Die Gesellschaft führt keine nach § 34 c Gewerbeordnung (Makler, Bauträger, Baubetreuer) genehmigungspflichtigen Geschäfte durch.

- (2) Im Rahmen dieses Gesellschaftszwecks ist die Gesellschaft berechtigt, sich an anderen Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art zu beteiligen, für diese die Geschäfte zu führen, sie zu erwerben oder Zweigniederlassungen im In- und Ausland zu errichten.
- (3) Gegenstand des Unternehmens ist ferner der Abschluss aller Geschäfte, die den Zweck des Unternehmens zu fördern geeignet sind.

## **§ 3**

### **Geschäftsjahr**

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Das erste Geschäftsjahr ist ein Rumpfgeschäftsjahr; es beginnt mit der Eintragung der Gesellschaft im Handelsregister und endet an dem darauf folgenden 31.12. des Jahres der Eintragung.

## **§ 4**

### **Stammkapital**

- (1) Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt Euro 25.000,00 (in Worten: Euro Fünfundzwanzig Tausend).
- (2) Die Gesellschafter haben bei Gründung der Gesellschaft folgende Geschäftsanteile und Stammeinlagen übernommen:

Herr **Mustermann**

mit dem Geschäftsanteil Nr. 1 im Nennbetrag von EURO 21.250,00;

Frau **Mustermann**

mit dem Geschäftsanteil Nr. 2 im Nennbetrag von EURO 3.750,00;

**Stammkapital gesamt EURO 25.000,00.**

- (3) Das Stammkapital der Gesellschaft ist in voller Höhe erbracht.
- (4) Mehrere Geschäftsanteile, die sich in der Hand eines Gesellschafters befinden, können durch Gesellschafterbeschluss zusammengelegt werden.

## **§ 5**

### **Dauer der Gesellschaft**

Die Gesellschaft wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

## **§ 6**

### **Vertretung und Geschäftsführung**

- (1) Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so vertritt dieser die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer be-

stellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

- (2) Die Gesellschafterversammlung kann mit Zustimmung aller Gesellschafter einem oder mehreren Geschäftsführern die Befugnis zur Alleinvertretung auch für den Fall erteilen, dass mehrere Geschäftsführer vorhanden sind. Ferner kann die Gesellschafterversammlung mit Zustimmung aller Gesellschafter Geschäftsführern Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB erteilen. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, ist dieser immer von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit. Gleiches gilt für Liquidatoren.
- (3) Die Gesellschaft kann einen Katalog mit zustimmungspflichtigen Geschäften beschließen oder eine Geschäftsordnung für Geschäftsführer erstellen. Der Katalog bzw. die Geschäftsordnung ist nicht formeller satzungsgemäßer Bestandteil des Gesellschaftsvertrags, sondern eine interne, bindende Richtlinie für die Geschäftsführung. Der Katalog kann durch einfachen Gesellschafterbeschluss beschlossen, erweitert oder beschränkt werden.
- (4) Herr **Mustermann** ist Geschäftsführer der Gesellschaft. Er vertritt die Gesellschaft auch dann stets allein, wenn mehrere Geschäftsführer vorhanden sind. Er ist stets berechtigt, als Vertreter der Gesellschaft mit sich im eigenen Namen oder als Vertreter eines Dritten Rechtsgeschäfte vorzunehmen (Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB).
- (5) Herr **Mustermann** kann als stets einzelvertretungsberechtigter Geschäftsführer nur aus wichtigem Grunde abberufen werden. Bei schriftlicher Zustimmung der Geschäftsführer, kann seine Position in die eines nicht am operativen Geschäft teilnehmenden Beraters umgewandelt werden; Einzelheiten bleiben einer gesonderten Regelung unter den Parteien vorbehalten.
- (6) Die vorbenannten Rechte dieses Absatzes (4) und (5) stehen dem Geschäftsführer Herrn **Mustermann** als nicht übertragbare aber vererbliche gesellschaftsvertragliche Sonderrechte zu. Das Sonderrecht erlischt ersatzlos, wenn der Gesellschafter Herr **Mustermann** darüber keine testamentarische Verfügung getroffen hat, und zwar im Zeitpunkt seines Ablebens.

## **§ 7**

### **Jahresabschluss**

- (1) Die Geschäftsführer haben den Jahresabschluss (Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung samt Anhang) innerhalb der gesetzlichen Fristen des § 42a GmbHG aufzustellen und den Gesellschaftern mit ihrem Ergebnisverwendungsvorschlag vorzulegen.
- (2) Der Jahresabschluss ist von der Geschäftsführung zusammen mit der Einladung zur ordentlichen Gesellschafterversammlung den Gesellschaftern zu übersenden.
- (3) Die Gesellschafter haben innerhalb der gesetzlichen Fristen über die Feststellung des Jahresabschlusses und über die Verwendung des Ergebnisses zu beschließen. Die Gesellschafterversammlung kann mit einer Mehrheit von 75 % aller abgegebenen Stimmen eine disquotale Gewinnverteilung beschließen, sofern objektive wirtschaftliche Gründe hierfür vorliegen.

## **§ 8**

### **Steuerklausel**

Der Leistungsverkehr zwischen der Gesellschaft und den Gesellschaftern bzw. den Gesellschaftern nahestehenden Personen hat nach steuerrechtlichen Grundsätzen zu erfolgen. Die Geschäftsführung ist nicht befugt, außerhalb eines von der Gesellschafterversammlung ordnungsgemäß gefassten Gewinnverteilungsbeschlusses den genannten Personen Vorteile irgendwelcher Art vertragsmäßig oder durch einseitige Handlung zuzuwenden, die sie bei Anwendung der Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmannes einem fremden Dritten nicht zukommen lassen würde.

## § 9

### Gesellschafterversammlung

- (1) Die Gesellschafterversammlung beschließt außer über die ihr in der Satzung zugewiesenen Gegenstände über die ihr laut Gesetz zur alleinigen Bestimmung überlassenen Gegenstände und Fragen.
- (2) Eine ordentliche Gesellschafterversammlung soll mindestens einmal jährlich entsprechend den gesetzlichen Vorschriften und Fristen zur Beschlussfassung über den Jahresabschluss für das abgelaufene Geschäftsjahr sowie die Verwendung des Bilanzgewinnes und die Entlastung der Geschäftsführer stattfinden.
- (3) Gesellschafterversammlungen sind außer in den Fällen, in denen die Gesellschafter gemäß Satzung oder nach dem Gesetz Beschlüsse zu fassen haben, einzuberufen, sooft es im Interesse der Gesellschaft erforderlich ist.

Die Einberufung zur Gesellschafterversammlung hat in allen Fällen durch die Geschäftsführer mit eingeschriebenem Brief an alle Gesellschafter unter Mitteilung der Tagesordnung zu erfolgen. Die Einladung soll mindestens 10 Tage vor dem Tag der Gesellschafterversammlung ergehen, wobei der Tag der Absendung nicht mitzurechnen ist.

Gesellschafter, die **mindestens 25 %** des Stammkapitals oder der Stimmrechte besitzen, sind berechtigt, eine Einberufung der Gesellschafterversammlung zu verlangen.

- (4) Eine Gesellschafterversammlung kann auch ohne Einhaltung von Formen und Fristen abgehalten werden, wenn alle Gesellschafter anwesend oder vertreten sind und der Abhaltung der Gesellschafterversammlung zustimmen.

Beschlüsse der Gesellschafter können auch außerhalb von Gesellschafterversammlungen auf schriftlichem, fernschriftlichem, telegrafischem, mündlichem oder fernmündlichem Wege sowie auf elektronischem Wege per E-Mail gefasst werden, wenn alle Gesellschafter hiermit einverstanden sind.

- (5) Die Gesellschafter sind berechtigt, ihre Gesellschafterrechte durch einen Vertreter mit schriftlicher Vollmacht ausüben zu lassen, sofern es sich bei dem Vertreter um einen Mitgesellschafter oder einen zur Berufsverschwiegenheit verpflichteten Dritten der steuerberatenden Berufe handelt. Das Recht zur persönlichen Teilnahme wird hiervon nicht betroffen. Eine Vertretung durch Testamentsvollstrecker ist gestattet.
- (6) Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn Gesellschafter anwesend oder vertreten sind, denen mindestens **drei Viertel (75%)** des Stammkapitals zustehen. Erweist sich eine Gesellschafterversammlung als beschlussunfähig, so ist durch die Geschäftsführung binnen zwei Wochen eine neue Gesellschafterversammlung einzuberufen. Diese ist für Gegenstände der Tagesordnung der Gesellschafterversammlung, in der sich die Beschlussunfähigkeit ergeben hat, ohne Rücksicht auf den Umfang des vertretenen Kapitals beschlussfähig; hierauf ist in der Einberufung unter Beachtung der Bestimmung von Absatz (3) hinzuweisen.
- (7) In jeder Gesellschafterversammlung ist, soweit nicht notarielle Beurkundung erfolgen muss, zu Beweis Zwecken, nicht als Wirksamkeitsvoraussetzung, Protokoll zu führen. Das Protokoll ist vom Protokollführer zu unterschreiben und allen Gesellschaftern zur Kenntnis zu übersenden.
- (8) Zur Wirksamkeit der Beschlüsse ist eine einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen genügend, sofern das Gesetz oder diese Satzung nicht zwingend eine höhere Mehrheit vorschreiben. Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen.
- Je Euro 1,00 eines Geschäftsanteils gewähren grundsätzlich eine Stimme.
- (9) Die Gesellschafterversammlung beschließt über die Bestellung oder Abberufung von Geschäftsführern.
- (10) Beschlüsse über die nachfolgend aufgeführten Maßnahmen bedürfen eines **einstimmigen** Gesellschafterbeschlusses:
- a) Änderungen des Gesellschaftsvertrages oder Gesellschaftszwecks,
  - b) Umwandlung der Gesellschaft,



- c) Auflösung der Gesellschaft,
- d) Änderung der Gewinnverteilung,
- e) Erhöhung oder Herabsetzung der Kapitaleinlagen,
- f) Aufnahme neuer Gesellschafter.

(11) Solange Herr **Mustermann** Gesellschafter der Gesellschaft ist, steht ihm als nicht übertragbares und nicht vererbliches gesellschaftsrechtliches Sonderrecht bei allen Beschlussfassungen der Gesellschafterversammlung das Recht zu, bei Stimmengleichheit („Pattsituation“) mit seinem Stimmrecht im Wege eines Stichentscheides eine Entscheidung der Gesellschafterversammlung herbeizuführen. Das Sonderrecht erlischt ersatzlos, wenn der Gesellschafter Herr **Mustermann** darüber keine testamentarische Verfügung getroffen hat, und zwar im Zeitpunkt seines Ablebens.

## § 10

### Gewinnverwendung

- (1) Die Gesellschafter haben grundsätzlich Anspruch auf den Jahresüberschuss zuzüglich eines Gewinnvortrags und abzüglich eines Verlustvortrags. Wird die Bilanz unter Berücksichtigung einer teilweisen Ergebnisverwendung aufgestellt oder werden Rücklagen aufgelöst, haben die Gesellschafter abweichend von Satz 1 grundsätzlich Anspruch auf den Bilanzgewinn.
- (2) Die Gesellschafter können durch Gesellschafterbeschluss mit einer **Mehrheit von 75 %** aller abgegebenen Stimmen beschließen, dass Beträge in eine Rücklage eingestellt oder als Gewinn vorgetragen werden.
- (3) Die Gewinnverteilung erfolgt grundsätzlich nach dem Verhältnis der Geschäftsanteile. Die Gesellschafterversammlung kann mit einer **Mehrheit von 75 %** aller abgegebenen Stimmen eine **disquotale Gewinnverteilung** beschliessen, sofern objektive wirtschaftliche Gründe hierfür vorliegen.

## **§ 11**

### **Abtretung und Teilung von Geschäftsanteilen**

- (1) Die Abtretung von Geschäftsanteilen oder Teilen von Geschäftsanteilen bedarf der Zustimmung durch einen **einstimmigen** Gesellschafterbeschluss aller abgegebenen Stimmen. Für den Fall, dass an der Gesellschaft mehrere Gesellschafter beteiligt sein sollten, hat der betroffene Gesellschafter hierbei kein Stimmrecht. Das Zustimmungserfordernis gilt nicht, sofern die Abtretung von Geschäftsanteilen an nachfolgeberechtigte Personen i.S.d. § 16 dieser Satzung erfolgt.
- (2) Die Gesellschafterversammlung kann in dem Fall des Absatz (1) Satz 1 von dem betroffenen Gesellschafter verlangen, dass sein Geschäftsanteil oder der zur Veräußerung anstehende Teilgeschäftsanteil zunächst den verbleibenden Gesellschaftern zur Übernahme angeboten wird, jedoch nicht, wenn die Übertragung an nachfolgeberechtigte Personen i.S.d. § 16 dieses Vertrages erfolgt.
- (3) Der Übertragung eines Geschäftsanteils i.S.d. Absatz (1) steht seine Verpfändung, die Einräumung von Treuhandschaften, Nießbrauchrechten oder Unterbeteiligungen oder die sonstige Belastung des Geschäftsanteils gleich. Dem Nießbraucher, Treugeber, Unterbeteiligten oder einem Pfandgläubiger steht kein Stimmrecht zu.

## **§ 12**

### **Einziehung von Geschäftsanteilen**

- (1) Die Gesellschafterversammlung kann die Einziehung von Geschäftsanteilen oder Teilen von Geschäftsanteilen mit Zustimmung des betroffenen Gesellschafters jederzeit beschließen.
- (2) Ein Geschäftsanteil kann durch Beschluss der Gesellschafterversammlung ohne Zustimmung des betroffenen Gesellschafters ganz oder zum Teil eingezogen werden, wenn
  - (a) Geschäftsanteile eines Gesellschafters gepfändet oder sonst wie in diese vollstreckt wird und die Pfändung bzw. Vollstreckungsmaßnahme nicht binnen zwei Monaten – spätestens bis zur Verwertung des Geschäftsanteils – wieder aufgehoben wird;

- (b) über das Vermögen des Gesellschafters das Insolvenzverfahren eröffnet oder der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse abgelehnt wird;
  - (c) der Gesellschafter die Richtigkeit seines Vermögensverzeichnisses an Eides Statt zu versichern hat;
  - (d) der Geschäftsanteil im Wege der Zwangsvollstreckung oder im Insolvenzverfahren des Gesellschafters dennoch an einen Dritten gelangt ist, weil die Einziehung während des Verfahrens, aus welchem Grunde auch immer, nicht zulässig war;
  - (e) der Gesellschafter Anlass gegeben hat, ihn aus wichtigem Grunde aus der Gesellschaft auszuschließen;
  - (f) ein Gesellschafter verstirbt und die Voraussetzungen des § 16 Abs. 2 (Erbfolge) dieser Satzung vorliegen;
  - (g) der Gesellschafter die Gesellschaft gekündigt oder seinen Austritt aus ihr erklärt hat;
  - (h) der Geschäftsanteil im Wege der Gesamt- oder Teilrechtsnachfolge, insbesondere durch eine Umwandlung nach den jeweils geltenden Bestimmungen des Umwandlungsgesetzes, auf einen Dritten übergegangen ist;
  - (i) der Gesellschafter ohne schriftliche Zustimmungserklärung der Gesellschafterversammlung gem. § 11 dieser Satzung Unterbeteiligungen oder Treuhandschaften einräumt, den Geschäftsanteil verpfändet oder in sonstiger Weise belastet.
- (3) Steht ein Geschäftsanteil mehreren Mitberechtigten ungeteilt zu, so ist die Einziehung gem. Absatz (2) auch zulässig, wenn dessen Voraussetzungen nur in der Person eines Mitberechtigten vorliegen.
- (4) Bei der Beschlussfassung über die Einziehung hat der betroffene Gesellschafter kein Stimmrecht. Wird ein Teil des Geschäftsanteils eingezogen, so kann der betroffene Gesellschafter auch die Einziehung des Restes verlangen.
- (5) Die Gesellschafterversammlung kann anstelle der Einziehung beschließen, dass der Geschäftsanteil des betroffenen Gesellschafters von diesem der Gesellschaft oder den übrigen Gesellschaftern im Verhältnis ihrer Geschäftsanteile oder einen Dritten zum Erwerb anzubieten ist (Abtretungsverpflichtung). Die übrigen Gesellschafter sind als dann berechtigt, diesen Geschäftsanteil im Verhältnis ihrer Geschäftsanteile zu erwerben; der Dritte erhält entsprechend ein Erwerbsrecht.

- (6) Die erwerbsberechtigten Gesellschafter oder der Dritte müssen binnen eines Monats nach Empfang des Angebots der Gesellschaft mitteilen, ob und in welcher Höhe sie von ihrem Erwerbsrecht Gebrauch machen wollen.

Macht ein Gesellschafter von seinem Erwerbsrecht ganz oder teilweise keinen Gebrauch, so wächst sein nicht ausgeübtes Erwerbsrecht den übrigen Gesellschaftern im Verhältnis der von ihnen bisher gehaltenen Geschäftsanteile zu. Geschäftsanteile oder Teile eines Geschäftsanteils, die von keinem der Gesellschafter und auch nicht von dem von der Gesellschafterversammlung bestimmten Dritten aufgrund seines Erwerbsrechtes erworben werden, sind von der Gesellschaft zu übernehmen.

- (7) Als Tag der Einziehung gilt der letzte Tag des Monats, in dem die Gesellschafterversammlung die Einziehung beschließt; entsprechendes gilt für einen Erwerb gemäß Absatz (5). Ab diesem Zeitpunkt ruhen die Stimm- und Mitgliedschaftsrechte des betroffenen Gesellschafters, jedoch ausdrücklich nicht sein Gewinnanspruch.

### **§ 13**

#### **Kündigung des Gesellschaftsverhältnisses**

- (1) Das Gesellschaftsverhältnis kann von jedem Gesellschafter unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten mittels eingeschriebenen Briefs jeweils zum Ende eines Geschäftsjahres gekündigt werden, **frühestens** jedoch zum 31.12.2039. Das Recht zur außerordentlichen Kündigung bleibt hiervon unbenommen.
- (2) Kündigt ein Gesellschafter, so hat das die Auflösung der Gesellschaft nur dann zur Folge, wenn die übrigen Gesellschafter bis zum Wirksamwerden der Kündigung mit einfacher Mehrheit die Nichtfortsetzung des Gesellschaftsverhältnisses beschließen.
- (3) Wird gemäß Absatz (2) die Gesellschaft fortgesetzt, so können die Gesellschafter, die nicht gekündigt haben, außerdem beschließen, dass der Geschäftsanteil des Kündigenden auf den Stichtag des Wirksamwerdens der Kündigung eingezogen wird oder dass der Kündigende seinen Geschäftsanteil den übrigen Gesellschaftern im Verhältnis ihrer Geschäftsanteile oder einem Dritten zum Erwerb anzubieten hat.

- (4) Kommt ein solcher Beschluss nicht innerhalb von zwei Monaten seit dem Wirksamwerden der Kündigung zustande, so gilt die Einziehung des Geschäftsanteils als beschlossen. Die Abfindung des ausscheidenden Gesellschafters richtet sich nach § 14.
- (5) Der Kündigende scheidet unabhängig von der Zahlung der Abfindung aus der Gesellschaft aus. Seine Stimm- und Mitgliedschaftsrechte ruhen ab dem Zeitpunkt der Absendung der Kündigung; dies gilt ausdrücklich nicht für seinen Gewinnanspruch.

## **§ 14**

### **Entgelt**

- (1) Für einen gemäß § 12 eingezogenen oder übertragenen Geschäftsanteil ist eine Vergütung (Abfindungsguthaben) zu gewähren. Scheidet ein Gesellschafter zum Ende eines Geschäftsjahres aus, so ist für die Wertermittlung des Geschäftsanteils der auf diesen Zeitpunkt aufgestellte oder noch aufzustellende Jahresabschluss maßgebend. Scheidet ein Gesellschafter während eines Geschäftsjahres aus, so ist der Jahresabschluss des letzten vor seinem Ausscheiden abgelaufenen Geschäftsjahres maßgebend.

Der ausscheidende Gesellschafter nimmt jedoch am Ergebnis der Gesellschaft bis zum Zeitpunkt des Ausscheidens teil; das Ergebnis wird zeitanteilig nach dem nächsten Jahresabschluss ermittelt und ist innerhalb von drei Monaten nach Feststellung dieses Jahresabschlusses auszuzahlen.

An eventuellen Gewinnen aus schwebenden Geschäften nimmt der ausscheidende Gesellschafter nicht teil.

- (2) Bemessungsgrundlage für die Abfindung ist ein Vermögensstatus auf den Tag des Ausscheidens des Gesellschafters, aufzustellen nach den Grundsätzen des Bewertungsgesetzes in der Fassung vom 01.01.2009 **abzüglich eines Abschlags von 50 v.H..** Ein Ansatz für den Goodwill oder für nicht bilanzierungspflichtige schwebende Geschäfte unterbleibt.

Zwischen den Gesellschaftern besteht Einigkeit, dass die bestehenden Abfindungsregelungen auch dann Geltung haben sollen, wenn der tatsächliche Wert der Beteiligung und

der vorstehend vereinbarte Abfindungswert erheblich auseinander fallen. Die Gesellschafter wählen bewusst eine möglichst niedrige Bewertung, um die Fortführung der Gesellschaft im Falle des Ausscheidens eines Gesellschafters für die übrigen Gesellschafter zu ermöglichen und wirtschaftlich nicht tragbare Abfindungszahlungen für die verbleibenden Gesellschafter zu vermeiden.

- (3) Nachträgliche Änderungen der Jahresabschlüsse der Gesellschaft infolge steuerlicher Außenprüfungen oder aus anderen Gründen, ausgenommen die Anfechtung des den betreffenden Jahresabschluss feststellenden Gesellschafterbeschlusses, bleiben auf die Einziehungsvergütung ohne Einfluss.
- (4) Das Jahresergebnis des Geschäftsjahres, in dem das Ausscheiden erfolgt, verändert den Anteil am Unternehmenswert im Sinne von Absatz (2) nicht.
- (5) Erfolgt über die Höhe der nach Maßgabe der vorstehenden Bestimmungen zu ermittelnden Vergütung keine Einigung, so wird sie durch einen Schiedsgutachter nach billigem Ermessen festgesetzt. Der Schiedsgutachter ist in allen vorgenannten Fällen auf Antrag eines Beteiligten von der Industrie- und Handelskammer des Sitzes der Gesellschaft zu benennen. Der Schiedsgutachter muss Wirtschaftsprüfer oder vereidigter Buchprüfer sein. Der Schiedsspruch ist für die Parteien bindend. Die Gesellschaft trägt die Kosten des Schiedsverfahrens.
- (6) Die Vergütung ist innerhalb von fünf Jahren in fünf gleichen Jahresraten zu zahlen, und zwar die erste Rate sechs Monate nach dem Zeitpunkt des Ausscheidens eines Gesellschafters, sodann nach weiteren zwölf Monaten usw. Frühere Zahlungen sind zulässig. Die Restforderung ist mit 2 Prozentpunkten über dem zum Zeitpunkt des Ausscheidens gültigen Basiszinssatz zu verzinsen. Die ganze Forderung wird fällig, wenn der Schuldner nach Mahnung länger als einen Monat in Verzug bleibt.

## **§ 15**

### **Wettbewerb**

Die Gesellschaft kann Gesellschaftern und/oder Geschäftsführern Befreiung vom Wettbewerbsverbot erteilen. Über Art und Umfang der Befreiung beschließt die Gesellschafterver-

sammlung außerhalb der Satzung mit einfacher Mehrheit. Zum Zeitpunkt der Errichtung dieser Gesellschaft bestehende Tätigkeiten der Gesellschafter sind bekannt und genehmigt.

## **§ 16**

### **Erbfolge**

- (1) Die Geschäftsanteile sind grundsätzlich vererblich (§ 25 GmbHG); die Gesellschafterversammlung kann die Einziehung von Geschäftsanteilen beschliessen, wenn diese im Erbfall auf nicht nachfolgeberechtigte Erben und Vermächtnisnehmer übertragen werden.
- (2) Nachfolgeberechtigte Erben und Vermächtnisnehmer sind ausschließlich
- Mitgesellschafter
  - die leiblichen und volljährigen Abkömmlinge der Gesellschafter **Mustermann** sowie deren leibliche und volljährige Abkömmlinge;
  - Personen, die mit der in § 15 Absatz (1) dieses Gesellschaftsvertrages festgelegten Mehrheit Gesellschafter geworden sind.

Sofern für minderjährige Abkömmlinge Testamentsvollstreckung angeordnet ist, sind diese auch nachfolgeberechtigt i.S.d. Satz 1.

- (3) Gehen Geschäftsanteile von Todes wegen auf eine oder mehrere Personen als Erben oder Vermächtnisnehmer über, die nicht nachfolgeberechtigt i.S.d. Absatz (1) sind, so ist die Gesellschafterversammlung berechtigt, unter Ausschluss des Stimmrechts des Erben oder Vermächtnisnehmers, innerhalb von sechs Monaten, gerechnet ab dem Zeitpunkt, zu dem der letzte Gesellschafter Kenntnis von dem Erbfall erhalten hat, die Einziehung des Geschäftsanteils zu beschließen. Der Einziehungsbeschluss bedarf der einfachen Stimmenmehrheit. Die Regelungen des § 12 Absatz (2) bis (7) gelten entsprechend.
- (4) Statt der Einziehung gem. Absatz (2) kann die Gesellschaft beschließen, dass der betroffene Erbe oder Vermächtnisnehmer den Geschäftsanteil ganz oder teilweise auf die Gesellschaft oder eine im Beschluss zu benennende, zur Übernahme bereite Person zu übertragen hat.

- (5) Hat ein Gesellschafter durch Verfügung von Todes wegen für seinen Nachlass oder seine Beteiligung an der Gesellschaft einen Testamentsvollstrecker bestimmt, so ist der Testamentsvollstrecker auch zur Ausübung aller Rechte berufen, die dem Rechtsnachfolger aus der Gesellschaftsbeteiligung der Gesellschaft, den Gesellschaftern oder Dritten gegenüber zustehen, soweit nicht zwingende Gesetzesvorschriften dem entgegenstehen.
- (6) Steht ein Geschäftsanteil mehrere Erben und/oder Vermächtnisnehmer ungeteilt zu, so sind diese verpflichtet, durch schriftliche Erklärung gegenüber der Gesellschaft einen gemeinsamen Vertreter zur Ausübung ihrer Rechte aus dem Geschäftsanteil zu benennen. Bis zur Bestellung eines gemeinsamen Vertreters ruhen die Stimm- und Mitgliedschaftsrechte aus dem Geschäftsanteil.

## **§ 17**

### **Güterstandsvereinbarung**

- (1) Gesellschafter, die natürliche Personen sind, sind verpflichtet, bei Eingehen oder Bestand einer Ehe durch ehevertragliche Regelung sicherzustellen, dass ihre Beteiligung an dieser Gesellschaft bei der Berechnung eines etwaigen Zugewinns außer Ansatz bleibt. Die Eheleute **Mustermann** sind von dieser Verpflichtung ausgeschlossen.
- (2) Ein Verstoß gegen diese Bestimmung gilt als wichtiger Grund i. S. von § 12 Absatz (2) Buchst. e) dieses Vertrags. Die Einziehung ist jedoch erst zulässig, wenn der Gesellschafter schriftlich zur Vereinbarung gemäß Absatz (1) aufgefordert worden und der Aufforderung nicht innerhalb von drei Monaten nachgekommen ist.



## **§ 18**

### **Mediation**

Die Parteien dieses Vertrages verpflichten sich, bei Streitigkeiten aus oder in Zusammenhang mit diesem Vertrag vor Anrufung eines Gerichts eine Mediation durchzuführen.

Die Parteien haben sich hierfür innerhalb von 10 Werktagen einvernehmlich auf einen Mediator zu verständigen. Kommt eine Einigung nicht zustande, wird der Mediator von der für die Gesellschaft zuständigen IHK für die Parteien verbindlich bestimmt.

Die Mediation beginnt mit dem Antrag eines Gesellschafters, dass ein Mediationsverfahren durchgeführt wird. Der Antrag ist jedem Mitgesellschafter zuzustellen und muss eine kurze Darstellung des Streitgegenstandes und mindestens einen Vorschlag für einen Mediator beinhalten.

Eine Klage ist erst zulässig, wenn im Rahmen der Mediation ein Verhandlungstermin stattgefunden hat oder wenn seit dem Mediationsantrag einer Seite mehr als 60 Werktage verstrichen sind. Diese Klausel ordnet verbindlich die Durchführung einer Mediation an. Das heißt, dass damit eine Prozessvereinbarung der durch den Gesellschaftsvertrag verbundenen Gesellschafter geschaffen wird. Die Prozessvereinbarung gilt nicht für Maßnahmen des einstweiligen Rechtsschutzes.

Die Kosten der Mediation tragen die Parteien je zur Hälfte, es sei denn, sie einigen sich in der Mediation auf eine andere Verteilung.

## **§ 19**

### **Bekanntmachungen der Gesellschaft**

Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur im elektronischen Bundesanzeiger.

## **§ 20**

### **Schlussbestimmungen**

- (1) Sollten eine oder mehrere Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam oder nichtig sein oder ihre Rechtswirksamkeit durch spätere Umstände verlieren, so wird die Gültigkeit des Vertrages im Übrigen dadurch nicht berührt. Die Gesellschafter sind vielmehr verpflichtet, einer Regelung zuzustimmen, die dem Sinn der unwirksamen Bestimmung am nächsten kommt. Entsprechendes gilt für den Fall, dass der Vertrag eine Regelungslücke enthalten sollte.
- (2) Die Kosten dieser Urkunde und ihrer Durchführung bis zu einem Betrag von Euro 2.500,00 sowie die mit der Gesellschaftsgründung verbundenen Steuern trägt die Gesellschaft.